Einleitung: Litauen 2026 – Was kann diese Armee?

Am 4. Februar 2026 ziehen rund zweitausend litauische und deutsche Soldaten mit Waffen und Fahnen durch die Altstadt von Kaunas. Nach einem Gottesdienst in der Erzkathedrale St. Peter und Paul führt ihr Weg zum Santakos-Park. Dort übergibt der litauische Brigadegeneral Nerijus Stankevičius die Truppenfahne der NATO Multinational Battlegroup Lithuania an Generalleutnant Christian Freuding, der sie an Brigadegeneral Christoph Huber weiterreicht. Huber führt die deutsche Panzerbrigade 45 »Litauen«. In der Zeremonie wird ein organisatorischer Statuswechsel sichtbar: Nach neun Jahren als Teil der litauischen Brigade Iron Wolf wechselt die Battlegroup in Führung und Gliederung der deutschen Brigade.[1]

Panzerbrigade 45: Aufbau 2023–2027

Zeitpunkt	Schritt
18.12.2023	Roadmap für die dauerhafte Stationierung
01.04.2025	Brigade formal in Dienst gestellt
Ende Januar 2026	PzGrenBtl 122 und PzBtl 203 der Brigade unterstellt
04.02.2026	Multinational Battlegroup Lithuania in Kaunas unterstellt
Ende 2027	Volle Einsatzbereitschaft geplant

Stand Februar 2026	Weiterer Aufbau
Drei Kampfverbände Battlegroup: rund 1.700 Soldaten Führung und Gliederung konkretisiert	Personal Material Infrastruktur Ausbildung

Einordnung · Kaunas 2026: Mit der Unterstellung der multinationalen Battlegroup verfügte die Panzerbrigade 45 über drei Kampfverbände. Der Organisationsschritt war real, aber noch keine volle Einsatzbereitschaft.

Wenige Tage zuvor waren bereits das Panzergrenadierbataillon 122 und das Panzerbataillon 203 eingegliedert worden. Mit der multinationalen Battlegroup verfügte die Panzerbrigade 45 damit über drei Kampfverbände. Rund 1.700 Soldatinnen und Soldaten gehörten Anfang Februar zur Battlegroup.[2] Die Brigade war damit organisatorisch deutlich weiter als noch ein Jahr zuvor. Vollständig aufgebaut war sie nicht.

Der Unterschied ist in Kaunas gut zu sehen. Auf dem Organigramm hat ein weiterer Kampfverband seinen Platz in der Brigade, die Führung ist festgelegt, die Unterstellung vollzogen. Der formale Schritt allein zeigt noch nicht, ob alle benötigten Menschen, Fahrzeuge, Versorgungseinrichtungen und Ausbildungsstände bereits zusammenkommen. Eine militärische Organisation kann sehr real sein und trotzdem noch im Aufbau stehen.

Die Panzerbrigade 45 war bereits am 1. April 2025 formal in Dienst gestellt worden. Die deutsch-litauische Roadmap von Dezember 2023 sah für die dauerhafte Stationierung einen Zielumfang von 4.800 Soldatinnen und Soldaten sowie rund 200 zivilen Beschäftigten vor.[3] Im Februar 2026 existierte der Brigadestab, die drei Kampfverbände waren in die Struktur eingeordnet, und Soldaten dienten bereits in Litauen. Die volle Einsatzbereitschaft soll nach derzeitiger Planung Ende 2027 erreicht werden.[4] Indienststellung, Unterstellung und geplante volle Einsatzbereitschaft bezeichnen also verschiedene Stadien desselben Aufbaus.

Zwischen dem formalen Beginn der Brigade und ihrem vorgesehenen Zielzustand liegen mehrere Jahre. In dieser Zeit entstehen Führung und Gliederung, Dienstposten werden besetzt, Material kommt hinzu, Infrastruktur wird gebaut und Ausbildung organisiert. Erst wenn diese Dinge ineinandergreifen, wird aus der formalen Organisation ein militärisch verwendbarer Großverband. Kaunas war auf diesem Weg ein sichtbarer Schritt – nicht der Endpunkt.

Hinzu kommt, dass eine dauerhaft stationierte Brigade nicht nur aus den Einheiten besteht, die in einer Zeremonie oder auf einem Übungsplatz sichtbar werden. Ein Großverband braucht Führung, Versorgung, Instandhaltung, Unterbringung und die Verfahren, mit denen diese Teile zusammenarbeiten. Genau hier liegt eine der Schwierigkeiten öffentlicher Debatten über Streitkräfte: Die sichtbaren Kampftruppen prägen das Bild, während ein erheblicher Teil der militärischen Nutzbarkeit in weniger auffälligen Voraussetzungen steckt. Für die Brigade Litauen waren im Jahr 2026 mehrere dieser Voraussetzungen bereits vorhanden, andere noch im Aufbau.

Vier Monate später folgt der nächste beobachtbare Schritt. Bei Freedom Shield 2026 üben rund 2.900 Soldatinnen und Soldaten aus acht NATO-Staaten mit etwa 800 Fahrzeugen. Leopard 2A6 und Schützenpanzer Puma S1 gehören ebenso zum Übungsbild wie Artillerie, Drohnen und Unterstützungskräfte. Für die Panzerbrigade 45 ist es die erste große Brigadegefechtsübung in Litauen.[5] Was im Februar organisatorisch zusammengeführt worden war, wird nun in größerem Umfang praktisch erprobt.

Im Februar war vor allem die neue Gliederung sichtbar gewesen. Im Juni zeigte sich mehr: Kräfte aus dieser Struktur übten unter

gemeinsamer Führung. Stäbe mussten Befehle geben und Informationen verarbeiten, Einheiten sich zeitlich und räumlich aufeinander abstimmen, unterschiedliche Fähigkeiten in denselben Ablauf passen. Freedom Shield machte aus einer Organisationsentscheidung beobachtbare militärische Praxis.

Die rund 2.900 Übungsteilnehmer und etwa 800 Fahrzeuge beschreiben den Umfang der Übung, keinen Bereitschaftsgrad. Aus den sichtbaren Waffensystemen lässt sich keine vollständige Materialinventur ableiten, aus einer Übung keine dauerhafte Verfügbarkeit oder Durchhaltefähigkeit. Für September 2026 erlauben die öffentlich zugänglichen Angaben keine vollständige Übersicht über Materialvollständigkeit, Munitionsbestände, klassifizierte NATO-Bereitschaftswerte oder die dauerhafte Verfügbarkeit aller Brigadefähigkeiten. Freedom Shield zeigt eine konkrete militärische Leistung. Es ersetzt kein Gesamturteil über die Brigade.

Sie kann zeigen, dass Führung und Zusammenwirken unter den Bedingungen dieser Übung funktionieren. Sie beantwortet nicht automatisch, wie ein Verband nach Wochen hoher Belastung, nach Ausfällen, unter anhaltendem Versorgungsbedarf oder mit anderen verfügbaren Beständen dastehen würde. Gerade bei aktuellen Streitkräften sind viele dieser Daten nicht öffentlich. Wo sie fehlen, lässt sich die Lücke nicht mit dem bloßen Anblick moderner Waffensysteme schließen.

Zwischen einem geplanten Verband, einer formalen Gliederung und einem tatsächlich gemeinsam übenden Großverband liegen erhebliche Unterschiede. Freedom Shield zeigt, dass die Brigade diese nächste Stufe erreicht hatte. Offen blieb im September 2026, ob dieselbe Leistung dauerhaft, mit allen vorgesehenen Kräften und unter den Bedingungen eines realen Einsatzes verfügbar gewesen wäre.

Im Sommer 2026 steht die Panzerbrigade 45 genau zwischen Ankündigung und Zielzustand. Sie führt bereits unterstellte Kräfte und übt mit ihnen, während Stellen weiter besetzt und Infrastruktur gebaut werden. Der für Ende 2027 geplante Zustand liegt noch in der Zukunft; die militärische Organisation existiert längst.

Beim Personal wird diese Gleichzeitigkeit besonders deutlich. Ende April 2026 teilte die Bundesregierung dem Bundestag mit, mehr als 90 Prozent der zu diesem Zeitpunkt angelegten beziehungsweise besetzbaren Dienstposten seien besetzt. Die Dienstposten für die Hauptkräfte sollten jedoch erst zum 1. Oktober 2026 zur Besetzung geöffnet werden.[6] Die Prozentzahl beschrieb einen Zwischenstand des Aufbaus, nicht schon den künftigen vollständigen Personalkörper der Brigade.

Am 14. September nannte die Bundeswehr eine andere Zahl: Rund 80 Prozent der Stellen seien durch Freiwillige besetzt; in einzelnen Bereichen seien ergänzende verpflichtende Personalmaßnahmen entschieden

worden.[7] Wer beide Prozentangaben nur nach ihrer Höhe liest, könnte daraus einen Rückgang konstruieren. Genau das geben die Quellen nicht her. Die April-Angabe bezog sich auf den damaligen Besetzungsstand mit einer noch begrenzten Grundgesamtheit. Die September-Angabe bezeichnete den Anteil der Stellen, die in einem weiter fortgeschrittenen Aufwuchsstand freiwillig besetzt waren. Datum, Bezugsgröße und Aussage sind verschieden.

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten hatte bereits darauf hingewiesen, dass die vollständige Personalgewinnung über Freiwilligkeit nicht garantiert sei.[8] Die im September beschlossenen Maßnahmen widersprechen einer weitgehend freiwilligen Besetzung daher nicht; sie markieren Bereiche, in denen dieser Weg allein nicht genügte. Rund 80 Prozent freiwillig besetzte Stellen sind ein Personalbefund, kein Maß für die Einsatzbereitschaft der Brigade.

Ohnehin sagt ein Füllstand allein wenig darüber, ob die benötigten Qualifikationen an den richtigen Stellen vorhanden sind. Für einen militärischen Großverband genügt es nicht, möglichst viele Dienstposten zu besetzen. Führung, Kampftruppe, Technik, Logistik und andere Unterstützungsfunktionen hängen voneinander ab; eine einzelne Lücke kann je nach Auftrag unterschiedlich schwer wiegen. Für September 2026 lässt sich öffentlich nicht vollständig erkennen, wie alle Funktionen der Brigade personell abgedeckt waren. Eine Personalquote trägt deshalb kein Gesamturteil über die Fähigkeit des Verbandes.

Personalaufwuchs ist zudem kein einmaliger Vorgang. Ein neu aufgestellter Verband muss Menschen nicht nur gewinnen, sondern sie an bestimmte Aufgaben binden, ausbilden und in gemeinsame Abläufe integrieren. Bei einer Brigade, deren Teile aus unterschiedlichen Standorten und multinationalen Strukturen zusammengeführt werden, gewinnt dieser Zeitfaktor zusätzlich an Bedeutung. Eine Stelle kann formal besetzt sein, bevor die gesamte Organisation denselben Ausbildungs- und Erfahrungsstand erreicht hat. Umgekehrt können eingespielte Teile bereits leistungsfähig sein, obwohl der Gesamtverband noch nicht vollständig aufgefüllt ist.

Parallel dazu entsteht in Litauen die Infrastruktur. In Rūdninkai werden Unterkünfte, Werkstätten, Verkehrsflächen und weitere Anlagen für den Großverband gebaut. Am 23. Juni 2026 meldete das litauische Verteidigungsministerium für Phase II A einen konkreten Zwischenstand: Auf einer 52 Hektar großen Teilfläche waren rund 70 Prozent der Erdarbeiten abgeschlossen.[9]

Die 70 Prozent beziehen sich ausschließlich auf die Erdarbeiten dieser Teilfläche, nicht auf den Baufortschritt des gesamten Militärstandorts.

Für die militärische Entwicklung der Brigade ist der Baufortschritt kein Nebenthema. Der Wehrbeauftragte verband die rechtzeitige

Fertigstellung der Infrastruktur ausdrücklich mit der Verlegung der Hauptkräfte und der vollständigen Einsatzbereitschaft.[8] Unterkünfte bestimmen, wo Personal dauerhaft stationiert werden kann; Werkstätten und Verkehrsflächen sind Voraussetzungen für Betrieb, Instandhaltung und Bewegung eines Großverbandes. Infrastruktur bildet nicht die Kulisse militärischer Fähigkeit. Sie gehört zu ihr.

Die verschiedenen Aufbaupfade müssen nicht im gleichen Tempo verlaufen. Personal kann früher verfügbar sein als eine dauerhafte Unterkunft, ein Verband kann üben, obwohl der endgültige Standort noch entsteht, und eine fertiggestellte Anlage kann auf Material oder Personal warten. Militärische Fähigkeit entsteht erst aus der Verbindung dieser Entwicklungen. Beim Infrastrukturprojekt wird besonders deutlich, warum der Kalender eines Verbandes nicht allein durch militärische Befehle bestimmt wird: Bauzeiten, technische Abnahmen und verfügbare Flächen entscheiden mit, wann eine geplante Struktur vollständig nutzbar wird.

Kaunas, Freedom Shield, die Personalgewinnung und die Baustelle von Rūdninkai gehören zusammen. Ein Verband kann längst bestehen und üben, während Personal und Infrastruktur weiter aufwachsen. Die Frage »Ist die Brigade einsatzbereit?« lässt sich für 2026 nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Aufschlussreicher ist die Frage, was zusammenkommen muss, bevor aus politischem Auftrag und militärischer Zielstruktur tatsächlich nutzbare Fähigkeit wird.

Ein politischer Beschluss kann einen Auftrag setzen. Ein Haushalt kann finanziellen Spielraum schaffen, ein Vertrag kann ein Waffensystem binden, eine Lieferung kann Material in die Truppe bringen. Jeder dieser Schritte verändert den Stand der Dinge, keiner ersetzt die folgenden. Ein bestelltes Fahrzeug steht noch nicht in einer Einheit. Ein geliefertes Fahrzeug ist noch keine ausgebildete Besatzung. Eine besetzte Stelle sagt noch nicht, dass der gesamte Verband eingespielt ist. Und eine neu errichtete Kaserne erzeugt allein keine militärische Wirkung, kann aber zur Voraussetzung dafür werden, dass Menschen und Material überhaupt dauerhaft an einem Ort zusammengeführt werden.

Diese zeitliche Staffelung ist für Streitkräfte besonders wichtig, weil viele Entscheidungen erst nach Jahren ihre volle Wirkung entfalten. Zwischen politischer Absicht und militärischer Verfügbarkeit liegen Beschaffung, Bau, Ausbildung und Integration. In dieser Zeit existieren alte und neue Strukturen oft nebeneinander. Manche Elemente sind bereits nutzbar, andere erst bestellt, im Zulauf oder in Ausbildung. Der Beschluss belegt ein Vorhaben, der Stand seiner Umsetzung die bereits erreichten Fähigkeiten. Für eine Bewertung müssen beide Ebenen betrachtet werden.

Ein noch nicht abgeschlossener Aufbau ist umgekehrt nicht militärisch bedeutungslos. Die drei Kampfverbände waren im Februar 2026 real in die Brigadestruktur eingeordnet. Freedom Shield fand statt. Tausende

Soldatinnen und Soldaten übten miteinander. Personal diente bereits in Litauen, während der Standort Rūdninkai weitergebaut wurde. Keiner dieser Befunde ist bloß Papier. Für sich allein beweist aber auch keiner, dass der vorgesehene Zielzustand schon erreicht war.

Dieselbe Frage kehrt in der Geschichte der Bundeswehr immer wieder: Was sollte sie zu einem bestimmten Zeitpunkt können, wie wurde sie dafür organisiert, personell aufgestellt, finanziert und ausgerüstet – und was davon wurde tatsächlich militärische Fähigkeit? Eine einzige Bereitschaftsquote über sieben Jahrzehnte kann darauf keine Antwort geben. Auftrag, Größe und Struktur der Streitkräfte haben sich dafür zu stark verändert.

Auch die Überlieferung ist ungleich. Für manche Zeiträume liegen Bestandszahlen, Gliederungen, Haushaltsdaten, Prüfberichte und Übungsbefunde dicht nebeneinander. An anderen Stellen bleiben Informationen lückenhaft, Zahlen sind nicht direkt vergleichbar oder militärische Bereitschaftsdaten nicht öffentlich. Dann bleibt die Bewertung auf das beschränkt, was sich belegen lässt. Eine scheinbar genaue Zahl ersetzt fehlendes Wissen nicht.

Von Kaunas führt diese Frage zurück in den Oktober 1950. Eine Bundeswehr gibt es damals nicht. Die Bundesrepublik besteht erst seit dem Vorjahr und verfügt über keine eigenen Streitkräfte. Im Eifelkloster Himmerod treffen sich fünfzehn ehemalige Wehrmachtsoffiziere, um Vorstellungen für einen westdeutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu entwickeln. Das Ergebnis ist die Himmeroder Denkschrift, ein militärisches Experten- und Planungsdokument auf dem Weg zu späteren westdeutschen Streitkräften.[10] Eine politisch beschlossene Armee entsteht daraus noch nicht.

Der Abstand zu Kaunas könnte kaum größer sein. 2026 geht es um den Aufbau eines realen deutschen Großverbandes im Bündnisgebiet, dessen Stab, Kampfverbände, Personal und Infrastruktur bereits in unterschiedlichen Stadien vorhanden sind. 1950 geht es zunächst um Vorstellungen und Voraussetzungen. Militärische Experten können Kräfte und Aufgaben entwerfen; politische Legitimation, Rechtsgrundlagen, Haushaltsmittel, Kasernen und ausgebildete Soldaten entstehen dadurch nicht.

Himmerod ist auch nicht der Nullpunkt der westdeutschen Sicherheitsplanung. Militärische Überlegungen und Expertengespräche hatten bereits vor der Tagung eingesetzt. Der Koreakrieg verschärfte 1950 die politische und alliierte Dringlichkeit der Wiederbewaffnungsfrage erheblich, war aber nicht ihr Ursprung.[11] Himmerod bündelte und systematisierte Planungen; die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen einer neuen Armee mussten weiterhin geschaffen werden.

Als die Bundeswehr 1955 entstand, begann nicht die Umsetzung eines einzigen fertigen Bauplans. Innerhalb weniger Jahre mussten politische Entscheidungen, Bündnisintegration, Personal, Ausbildung, Material und Infrastruktur zusammengeführt werden. Die neue Armee sollte in die westliche Verteidigung eingebunden werden und zugleich in einer Bundesrepublik bestehen, die aus Diktatur und Krieg besondere Anforderungen an politische Kontrolle und militärische Ordnung ableitete. Das Gründungsdatum sagte noch nichts darüber, wie schnell daraus tatsächlich verwendbare Streitkräfte werden konnten.

Während des Kalten Krieges wuchs die Bundeswehr zu einer großen NATO-Armee. Ihre militärische Leistungsfähigkeit hing nicht allein von den aktiven Verbänden ab. Wehrpflicht und Reserve schufen personelle Tiefe; Mobilmachung und territoriale Organisation sollten im Verteidigungsfall zusätzliche Kräfte verfügbar machen; Depots, Nachschub, Instandhaltung und Infrastruktur verbanden die sichtbaren Kampfverbände mit einem weit größeren militärischen System.[12] Auch damals bedeutete eine hohe Zahl von Soldaten oder Waffensystemen nicht automatisch, dass jede vorgesehene Fähigkeit zu jedem Zeitpunkt in gleicher Qualität verfügbar war.

Nach dem Ende des Kalten Krieges veränderten sich Auftrag und Größenordnung grundlegend. Die deutsche Einheit fiel mit einer deutlichen Verkleinerung der Streitkräfte zusammen, während Aufgaben außerhalb des bisherigen Verteidigungsszenarios stärker in den Vordergrund rückten. Bosnien, Kosovo und später Afghanistan verlangten andere Formen der Verfügbarkeit: Kräfte mussten über große Entfernungen verlegt, geschützt, versorgt und über längere Zeit im Einsatz gehalten werden. Aus der auf einen großen Bündnisverteidigungsfall ausgerichteten Armee entwickelte sich schrittweise eine kleinere, stärker einsatzorientierte Streitkraft.[13]

Diese Entwicklung löste die älteren Anforderungen nicht einfach auf, sie verschob ihre Gewichtung. Strukturen für Mobilmachung, große Reserven und territoriale Verteidigung verloren an Umfang oder Bedeutung, Fähigkeiten für Auslandseinsätze, schnelle Verlegung und einsatzbezogene Unterstützung wurden ausgebaut. Die Reformen folgten dem damaligen Auftrag – und schufen eine Ausgangslage, die sich erneut bewähren musste, als Landes- und Bündnisverteidigung wieder stärker in den Mittelpunkt rückte.

Auch hier lässt sich die Bundeswehr nicht sinnvoll nur über ihre Sollstärke beschreiben. Eine kleinere Streitkraft konnte für begrenzte Auslandseinsätze Fähigkeiten vorhalten, die in der früheren Massenarmee eine andere Rolle gespielt hatten. Die geringere personelle und strukturelle Tiefe stellte bei einer Rückkehr zu größerer Bündnisverteidigung

jedoch andere Anforderungen. Ob eine Reform »Erfolg« oder »Misserfolg« war, hängt vom jeweiligen Auftrag und Zeitpunkt ab.

Seit 2014 gewann diese Aufgabe im NATO-Rahmen wieder deutlich an Gewicht. Die Bundeswehr musste nun die Anforderungen laufender Einsätze mit dem erneuten Aufbau von Kräften für Abschreckung und Bündnisverteidigung verbinden. Nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine 2022 beschleunigte sich diese Entwicklung.[13] Die Brigade Litauen ist eine Folge dieses erneuten Schwerpunktes, aber sie ist nicht seine abschließende Bilanz. Sie macht nur besonders gut sichtbar, wie viel zwischen politischer Entscheidung und einem voll nutzbaren militärischen Verband liegt.

Über sieben Jahrzehnte ändern sich Auftrag, Größe, Technik und Organisation der Bundeswehr immer wieder. Die Grundfrage bleibt erstaunlich beständig: Welche Streitkräfte sollen für welche Aufgabe vorhanden sein, und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, bevor die geplante Struktur tatsächlich funktioniert? Eine Reform kann für eine bestimmte Lage zweckmäßig sein und Jahre später unter anderen Anforderungen neue Lücken sichtbar werden lassen. Fähigkeiten werden aufgebaut, reduziert, verlagert oder neu zusammengesetzt. Diese Geschichte verläuft weder als gleichmäßiger Aufstieg noch als durchgehender Niedergang.

Für jede Epoche stellt sich daher erneut die Frage: Was sollte die Bundeswehr leisten? Welche Kräfte und Mittel waren dafür vorgesehen? Was war tatsächlich vorhanden, ausgebildet, verfügbar oder wenigstens in Übungen und Einsätzen zu beobachten? Und wo reichen die offenen Quellen nicht weiter? Nur so lassen sich politische Zielsetzung und militärische Wirklichkeit auseinanderhalten, ohne ihren Zusammenhang zu verlieren.

Der historische Ausgangspunkt liegt noch vor Himmerod. Fünf Jahre zuvor gab es weder eine westdeutsche Armee noch eine Bundesrepublik. Die alliierte Nachkriegsordnung zielte darauf, deutsche Streitkräfte und militärische Organisationen zu beseitigen und ihre Wiedererrichtung zu verhindern.[14] Dass militärisches Wissen und ehemalige Soldaten weiter vorhanden waren, änderte an diesem institutionellen Ausgangspunkt nichts.

Zwischen 1945 und Himmerod liegen nur fünf Jahre. In ihnen veränderten sich die internationale Sicherheitslage, die westalliierte Verteidigungsplanung und die politischen Handlungsmöglichkeiten der entstehenden Bundesrepublik so stark, dass ein deutscher Verteidigungsbeitrag wieder denkbar wurde. Der Weg war weder geradlinig noch 1945 vorgezeichnet.

Wie aus dem Verbot deutscher Streitkräfte wieder Sicherheitsplanung wurde, ist der erste Schritt dieser Geschichte.

Teil I – Eine Armee, die es nicht geben sollte (1945–1955)

Kapitel 1 – Deutschland ohne Armee

Am 2. August 1945 hielten die Siegermächte in Potsdam fest, was mit der deutschen Militärmacht geschehen sollte. Deutschland sollte vollständig entwaffnet und demilitarisiert werden. Heer, Luftwaffe und Marine, Generalstab, Offiziers- und Reservekorps, Militärschulen und Organisationen, die militärische Traditionen bewahrten, sollten abgeschafft werden. Waffen und militärische Produktionsmöglichkeiten sollten unter alliierte Kontrolle kommen oder beseitigt werden.[15] Weniger als drei Monate nach dem Ende des Krieges war die Wehrmacht nicht nur besiegt. Die politische Ordnung der Besatzungszeit sollte auch verhindern, dass deutsche Streitkräfte wiedererrichtet wurden.

Die folgenden Monate machten aus diesem Ziel eine Rechts- und Kontrollordnung. Die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 20. September 1945 verlangte die vollständige Auflösung der deutschen Streitkräfte und untersagte militärische Ausbildung und militärische Betätigung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 8 vom 30. November verbot Tätigkeiten, die Theorie oder Technik des Krieges lehrten oder auf kriegerische Handlungen vorbereiteten. Gesetz Nr. 34 vom 20. August 1946 erklärte die Wehrmacht, ihre Stäbe, Schulen, Offiziers- und Reservekorps sowie militärische und militärähnliche Organisationen für aufgelöst und verbot ihre Wiedererrichtung.[15]

»Deutschland ohne Armee« war ein rechtlich hergestellter Zustand. Die früheren Streitkräfte hatten aufgehört, als deutsche Institution zu existieren; eine souveräne deutsche Regierung, die neue Streitkräfte hätte aufstellen können, gab es ebenfalls nicht. Die Sicherheit des besetzten Landes lag in den Händen der Alliierten. Ausrüstung, Ausbildung und militärische Organisation unterstanden ihrer Kontrolle.

Die alliierte Ordnung beseitigte nicht mit einem Federstrich das militärische Wissen einer Generation. Ehemalige Soldaten und Offiziere lebten weiter in Deutschland, ebenso Erfahrungen, Kontakte und Vorstellungen darüber, wie ein künftiger Krieg geführt werden könnte. Die Organisation war beseitigt. Das vorhandene Wissen war es nicht.

Entmilitarisierung bedeutete nicht, dass jedes Kasernengebäude verschwand oder jeder ehemalige Soldat seine Kenntnisse verlor. Sie entzog diesen Resten ihren institutionellen Zusammenhang. Ein früherer Offizier ohne Befehlsbefugnis, eine Liegenschaft unter alliierter Kontrolle oder beschlagnahmtes Gerät bildeten keine deutsche militärische Fähigkeit. Was 1945 zerstört oder verboten worden war, musste später auf

mehreren Ebenen neu geschaffen werden: politische Zuständigkeit, Rechtsgrundlagen, Führung, Personalorganisation, Ausbildung und materielle Versorgung.

Der spätere Streitkräfteaufbau begann deshalb nicht mit der Modernisierung einer bestehenden Armee. Er begann mit der Frage, ob eine deutsche militärische Organisation überhaupt wieder zulässig sein sollte. Das unterscheidet die Gründungsphase von fast allen späteren Reformen der Bundeswehr. Nach 1955 konnte über größere oder kleinere Verbände, anderes Material oder neue Aufträge gestritten werden. 1945 bis 1949 war bereits die Existenz einer nationalen Streitkräfteorganisation Gegenstand alliierter Kontrolle.

In den ersten Nachkriegsjahren entstand daraus noch keine westdeutsche Streitkräftepolitik. Militärisch war die Ausgangslage eindeutig: Im westlichen Deutschland gab es keine nationalen Streitkräfte, keine deutsche militärische Führungsorganisation und keine rechtliche Grundlage für ihre Wiedererrichtung.

Innerhalb weniger Jahre veränderte sich jedoch der internationale Rahmen, in dem diese Ordnung entstanden war. Der Gegensatz zwischen den westlichen Mächten und der Sowjetunion verschärfte sich. Die Blockade West-Berlins 1948/49 verstärkte in den westlichen Besatzungszonen die Wahrnehmung einer sowjetischen Bedrohung. Gleichzeitig bauten die westlichen Staaten ihre eigene Verteidigungsordnung aus. Am 4. April 1949 unterzeichneten zwölf Staaten in Washington den Nordatlantikvertrag; das westliche Verteidigungsbündnis, bald NATO genannt, war gegründet.[16]

Die Bundesrepublik gehörte diesem Bündnis nicht an. Als am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verkündet wurde, entstand ein westdeutscher Staat, dessen außenpolitische Souveränität weiterhin erheblich eingeschränkt war. Das Besatzungsstatut beließ den drei Westmächten Vorbehaltsrechte unter anderem in der Außenpolitik und bei der Entmilitarisierung.[17] Über deutsche Streitkräfte konnte die Bundesregierung nicht allein entscheiden. Jede ernsthafte Veränderung des militärischen Status verlangte deutsche und alliierte Zustimmung.

Daraus entstand eine ungewöhnliche Sicherheitslage. Die Bundesrepublik besaß eine Regierung, ein Parlament und eine neue Verfassungsordnung, aber keine eigenen Mittel, um einen klassischen staatlichen Verteidigungsauftrag militärisch wahrzunehmen. Zugleich lag sie geografisch dort, wo sich die Machtbereiche der ehemaligen Verbündeten immer schärfer gegenüberstanden. Die westlichen Besatzungsmächte mussten für die Sicherheit eines Staates einstehen, dem sie gerade die Möglichkeit eigener militärischer Organisation genommen hatten.

Die Berlin-Blockade und die Gründung der NATO verschärften diese institutionelle Asymmetrie. Die westlichen Mächte bauten eine

gemeinsame Verteidigungsordnung auf, während das westdeutsche Staatsgebiet zu ihrem besonders exponierten Raum gehörte, ohne dass die Bundesrepublik Mitglied des Bündnisses war. Schutz und politische Mitentscheidung fielen auseinander. Die Bundesregierung konnte Sicherheitsinteressen formulieren; über Truppenstationierung, Entmilitarisierung und den militärischen Status Deutschlands behielten die Alliierten entscheidende Rechte.[16, 17]

Erst wenn ein deutscher Beitrag selbst als militärisch notwendig oder politisch zweckmäßig angesehen wurde, musste die 1945 geschaffene Ordnung neu ausgehandelt werden.

Wiederbewaffnung war daraus noch keine zwangsläufige Folge. Auch eine dauerhafte alliierte Schutzfunktion, eine stärker integrierte westeuropäische Verteidigung ohne deutsche Truppen oder andere Modelle waren denkbar. Die spätere Bundeswehr als selbstverständliche Antwort in die Jahre 1948 und 1949 zurückzulesen, würde diese Offenheit verdecken. Noch war unklar, ob, wann und in welcher Form Deutsche wieder bewaffneten Dienst leisten würden.

Gleichzeitig waren militärische Überlegungen bereits vor der Staatsgründung wieder entstanden. Hans Speidel, ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht, beschäftigte sich 1948 mit der militärischen Sicherung Westeuropas. Für den 15. Dezember 1948 ist sein Memorandum »Gedanken zur Sicherung Westeuropas« als veröffentlichter Primärtext nachweisbar.[18] Schon der Titel zeigt, wie sich der Bezugsrahmen verschoben hatte: Nicht eine Wiederherstellung der Wehrmacht stand im Vordergrund, sondern die Frage, welche Rolle deutsche militärische Kräfte in einer westeuropäischen Sicherheitsordnung spielen könnten.

Für einen persönlichen Auftrag Adenauers an Speidel im Dezember 1948 ist die Überlieferung nicht eindeutig genug. Sicher ist: Speidel arbeitete an Sicherheitskonzepten. Eine fertige Wiederbewaffnungspolitik Adenauers lässt sich daraus nicht machen.

Auf alliierter Seite geriet die bisherige Ordnung ebenfalls in Bewegung. Als der amerikanische Außenminister Dean Acheson Mitte November 1949 nach Bonn kam, verdichtete sich der sicherheitspolitische Austausch zwischen Bundesregierung und Westmächten. Für ein geheimes Abkommen über die Aufstellung einer deutschen Armee gibt die ausgewertete Quellenlage jedoch keinen Beleg.[19] Deutsche und alliierte Akteure tasteten sich an neue Optionen heran, während die öffentlich geltende Ordnung weiterhin auf Entmilitarisierung beruhte.

Am 22. November unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer mit den drei Hohen Kommissaren das Petersberger Abkommen. Es sollte die Bundesrepublik schrittweise enger an die westliche Gemeinschaft heranführen, erleichterte unter anderem internationale Zusammenarbeit und lockerte Teile der Demontagepolitik. Militärisch enthielt es jedoch eine

klare Festlegung: Die Bundesregierung erklärte ihre Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten und die Wiederaufstellung bewaffneter Streitkräfte jeder Art zu verhindern.[20]

Knapp zwei Wochen später klang Adenauer öffentlich anders. Am 3. Dezember 1949 gab er dem amerikanischen Cleveland Plain Dealer ein Interview, das am folgenden Tag erschien. Darin sprach er von einem deutschen Beitrag zur Verteidigung Europas. Deutsche Kräfte sollten nach seiner Vorstellung nicht als selbständige nationale Armee neben den westlichen Streitkräften stehen, sondern in eine europäische Armee unter übergeordnetem europäischem Kommando eingebunden sein. Die Rekrutierung deutscher Soldaten für fremde nationale Armeen lehnte er ab. Westdeutschland verfüge, so Adenauer, weder über Waffen noch über die finanziellen Möglichkeiten, sich aus eigener Kraft zu verteidigen.[21]

Adenauers Ablehnung der Rekrutierung für fremde Armeen unterschied den individuellen Dienst unter ausländischer Hoheit von einem politisch verantworteten deutschen Beitrag in einer gemeinsamen europäischen Ordnung. Noch war offen, wie ein solcher Beitrag organisiert werden sollte. Aber die Form gehörte bereits zur politischen Aussage: Wenn Deutsche wieder bewaffnet dienten, sollte dies nicht als bloße Personalreserve der Siegermächte geschehen.

Zwischen Petersberg und dem Interview lagen elf Tage. Liest man beide Dokumente isoliert, entsteht leicht der Eindruck eines abrupten politischen Widerspruchs: hier das Versprechen, bewaffnete Streitkräfte zu verhindern, dort die Vorstellung eines deutschen militärischen Beitrags. Tatsächlich beschreiben die Texte unterschiedliche Ebenen und Modelle. Das Petersberger Abkommen hielt den geltenden Status der Entmilitarisierung fest. Das Interview öffnete eine politische Möglichkeit für die Zukunft, und zwar ausdrücklich in übernationaler Einbindung. Eine eigenständige deutsche Nationalarmee war weder beschlossen noch vorhanden.

Der Begriff »deutscher Beitrag« ließ mehr Spielraum, als die spätere Existenz der Bundeswehr vermuten lässt. Er konnte ein deutsches Kontingent in einer europäischen Streitmacht meinen, ohne bereits einen souveränen nationalen Militärapparat vorauszusetzen. Zwei politische Erfordernisse berührten sich: Die westliche Verteidigung sollte gestärkt werden, ohne die wenige Jahre zuvor beseitigte deutsche Militärmacht einfach in alter Form wiederherzustellen. Der organisatorische Rahmen gehörte von Anfang an zur Sache selbst; er war keine diplomatische Verpackung.

Der deutsche Verteidigungsbeitrag berührte auch die Stellung der Bundesrepublik: Wer Soldaten stellen sollte, würde auf Dauer auch über ihre politische Verantwortung, ihre Rechte und ihre Einbindung verhandeln

müssen. Sicherheits- und Souveränitätsfragen näherten sich einander an, ohne schon identisch zu sein.

Für das spätere Militär hatte diese frühe Rahmung eine bleibende Folge. Die Bundeswehr entstand nicht erst als nationale Armee, die anschließend einem Bündnis beitrat. Schon die Überlegungen vor ihrer Gründung setzten einen deutschen Beitrag in eine westliche oder europäische Ordnung. Die konkrete Institution wechselte später von der EVG zur NATO; die Grundannahme einer gebundenen Streitmacht blieb.

Am 6. Dezember 1949 tauchte »Wiederbewaffnung« erstmals als Tagesordnungspunkt einer Sitzung des Bundeskabinetts auf. Mehr verrät das veröffentlichte Protokoll nicht: Unter den außerhalb der Tagesordnung behandelten Punkten steht der Begriff, eine inhaltliche Aussprache ist nicht überliefert.[22] Sicher ist nur, dass die Frage die Regierungsebene erreicht hatte. Was die Minister im Einzelnen sagten oder ob an diesem Tag überhaupt eine Entscheidung fiel, bleibt offen.

Die Entmilitarisierungsordnung galt weiter. Es gab weder eine deutsche militärische Kommandostruktur noch einen Rüstungshaushalt für den Aufbau einer Armee. Politisch wurde über etwas gesprochen, das institutionell noch nicht existierte.

Die Bundesregierung konnte politische Vorstellungen entwickeln, aber den militärischen Status der Bundesrepublik nicht aus eigener Macht verändern. Umgekehrt konnten alliierte Planungen einen deutschen Beitrag nicht einfach administrativ hervorbringen. Jede spätere Lösung musste deutsche politische Zustimmung, alliierte Sicherheitsinteressen und eine Form der internationalen Einbindung miteinander verbinden.

Selbst eine politische Einigung zwischen Bundesregierung und Westmächten hätte 1949 noch keinen einzigen einsatzfähigen Verband hervorgebracht. Es fehlten Rechtsgrundlagen für Soldaten, militärische Führung, Personalorganisation, Ausbildungseinrichtungen, Unterkünfte, Material, Beschaffungswege und Geld. Sichtbar war zunächst nur der Anfang der Kette: die Frage nach Auftrag und politischer Zulässigkeit.

Der westdeutsche Aufbau begann nach einer bewusst herbeigeführten institutionellen Zäsur. Militärisches Wissen war vorhanden, aber nicht mehr in einer deutschen staatlichen Streitkräfteorganisation gebunden. Aus Erfahrung musste wieder Organisation werden.

Für die Westmächte war ein deutscher Militärbeitrag 1949 ebenfalls keine einfache Fortsetzung der Nachkriegspolitik. Der Nordatlantikvertrag hatte eine neue westliche Verteidigungsordnung geschaffen, doch die Bundesrepublik gehörte nicht zu ihren Mitgliedern. Die westlichen Mächte mussten zwei Sicherheitsprobleme miteinander verbinden, die wenige Jahre zuvor kaum vereinbar erschienen: Schutz vor einer erneuten deutschen militärischen Macht und Schutz Westeuropas in der sich verschärfenden Konfrontation mit der Sowjetunion. Dass westdeutsche

Kräfte später Teil der Bündnisverteidigung werden sollten, war 1945 nicht vorgesehen gewesen und Ende 1949 noch nicht abschließend entschieden.

Ein Grundproblem war früh angelegt. Deutsche Streitkräfte mussten nationale politische Verantwortung mit Bündnisplanung verbinden. Noch bevor der erste Soldat der späteren Bundeswehr eingestellt wurde, ließ sich die Frage »Was braucht Deutschland?« nicht mehr von der zweiten trennen: »Was braucht die gemeinsame westliche Verteidigung?« Der künftige Streitkräfteaufbau war von Beginn an mehr als ein nationales Organisationsprojekt.

Frühere Wehrmachtsoffiziere spielten in den folgenden Planungen eine große Rolle, ohne dass daraus schon eine institutionelle Fortsetzung der Wehrmacht folgte. Die Bundesrepublik besaß keine eigene Streitkräfteorganisation, in der militärisches Erfahrungswissen hätte weitergegeben werden können. Wer operative, logistische oder organisatorische Fragen bearbeiten wollte, griff zwangsläufig auf Männer zurück, die ihr Handwerk in Reichswehr und Wehrmacht gelernt hatten.

Die fachliche Erfahrung brachte ihr eigenes Problem mit. Welche Kenntnisse waren brauchbar, welche politischen und personellen Belastungen kamen mit ihnen, und wie sollte daraus eine Armee entstehen, die in einen demokratischen Staat passte? 1948 und 1949 ist davon erst der Anfang zu sehen: Wissen und Netzwerke werden wieder nutzbar, eine neue Institution gibt es noch nicht.

Am 5. Januar 1950 lag ein weiterer Planungsbaustein vor. Ein sogenannter »Besprechungsplan« ist über den Nachlass Hans Speidels und parallel über den Nachlass des späteren Bundesministers Eberhard Wildermuth nachgewiesen und wissenschaftlich ediert.[23] Er gehört zu einer Entwicklungslinie, in der militärische Überlegungen zunehmend systematisiert wurden. Einen lückenlosen geheimen Regierungsplan, der seit 1948 nur noch abgearbeitet worden wäre, belegt er nicht. Unterschiedliche Personen, Papiere und politische Ebenen näherten sich derselben Sicherheitsfrage aus verschiedenen Richtungen.

Das Papier belegt, dass sich die fachmilitärische Diskussion Anfang 1950 verdichtete; einen gemeinsamen Aufbauplan von Kabinett, Bundestag und Westmächten belegt es nicht.

Bis dahin blieb militärische Planung eine Ressource ohne staatliche Streitkräfteorganisation. Wissen konnte vorbereitet, Personal konnte informell eingeschätzt, mögliche Strukturen konnten entworfen werden. Erst politische Entscheidungen würden daraus Behörden, Gesetze, Haushaltsansätze und schließlich Verbände machen.

Es gab keinen Moment, in dem die Verbotsordnung einfach verschwand und ein fertiger Aufbauplan an ihre Stelle trat. Erst änderte sich die sicherheitspolitische Wahrnehmung, dann verdichteten sich

Konzepte und politische Optionen. Entscheidungen über Form, Umfang und Einbindung konnten erst danach folgen.

Von Potsdam führte keine gerade Linie zur Bundeswehr. Zwischen 1945 und 1950 änderten sich die Voraussetzungen, unter denen überhaupt über deutsche Streitkräfte gesprochen werden konnte. Die westliche Sicherheitsordnung formierte sich neu, die Bundesrepublik entstand unter alliierter Kontrolle, und die Vorstellung eines deutschen Verteidigungsbeitrags wanderte vom fachmilitärischen Gedankengang in die politische Debatte. Fast alles, was eine Armee praktisch ausmacht – Rechtsgrundlage, Zielstruktur, Personal, Material, Infrastruktur und Ausbildung –, fehlte noch.

Die spätere Bundeswehr war also keine Organisation, die nach 1945 lediglich einige Jahre stillstand. Sie musste politisch neu möglich gemacht und institutionell neu geschaffen werden. Ihre Planer konnten trotzdem nicht bei null anfangen; sie griffen auf militärisches Wissen aus einer Armee zurück, deren Auflösung zu den erklärten Zielen der alliierten Nachkriegsordnung gehört hatte. Institutioneller Neubeginn und personeller Erfahrungsbestand lagen von Anfang an nebeneinander.

Anfang 1950 war aus dem Verbot deutscher Militärmacht wieder eine offene Sicherheitsfrage geworden. Die Vorarbeiten liefen bereits. Im Sommer desselben Jahres änderte der Krieg in Korea das Tempo.

Kapitel 2 – Der Korea-Schock und Himmerod

Am 29. August 1950 schickte Konrad Adenauer dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, John J. McCloy, ein Memorandum über die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik. Gleich zu Beginn verwies der Bundeskanzler auf die Wirkung der Ereignisse in Fernost. Der Krieg in Korea hatte, so Adenauers Darstellung, in Westdeutschland die Sorge verstärkt, die westlichen Mächte könnten einem Angriff in Europa nicht schnell genug begegnen. Er verband diese Wahrnehmung mit der sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR und dem Ausbau der dortigen Volkspolizei.[24]

Das Schreiben war keine Gründungsurkunde einer deutschen Armee. Adenauer verlangte zunächst eine Verstärkung der alliierten Truppen in Westeuropa. Für den Fall einer internationalen westeuropäischen Streitmacht erklärte er sich bereit, einen deutschen Beitrag in Form eines Kontingents zu leisten. Eine eigene nationale militärische Macht lehnte er in diesem Memorandum ausdrücklich ab. Für die innere Sicherheit schlug die Bundesregierung daneben eine Bundespolizei vor.[24]

Korea änderte das Tempo, nicht den Ausgangspunkt.

Westdeutsche Sicherheitsüberlegungen hatten vor dem 25. Juni 1950 begonnen. Ehemalige Offiziere wie Hans Speidel beschäftigten sich bereits seit den späten vierziger Jahren mit der Verteidigung Westeuropas. Die Quellen tragen die Aussage, dass militärische Vorarbeiten vor dem Koreakrieg existierten; einzelne frühe Arbeitsunterlagen sind jedoch nicht gleich dicht primär überliefert und erschlossen.[25]

Im Sommer 1950 wurden diese Überlegungen dichter. Am 7. August entstand im Umfeld des Bundesministers Eberhard Wildermuth und militärischer Fachleute die Denkschrift »Gedanken über die Frage der äußeren Sicherheit der Deutschen Bundesrepublik«. Das Bundesarchiv bewertet sie als wichtigen Vorläufer, der wesentliche Themen der späteren Himmeroder Denkschrift bereits vorwegnahm. Am 14. August wurde sie Adenauer vorgelegt.[26]

Ein Krieg in einem geteilten Land, ausgelöst durch den Angriff der kommunistischen Nordhälfte, wurde in Europa als Warnung gelesen, dass eine politische Teilung militärisch gewaltsam verändert werden konnte. Adenauers Memorandum griff diese Warnung auf und bezog sie auf die westdeutsche Verwundbarkeit.[24]

Im September veränderte sich auch der alliierte Rahmen. Der Nordatlantikrat beschloss am 26. September den Aufbau einer integrierten Streitmacht unter zentralem Kommando und hielt fest, Deutschland solle einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten können. Über Form und Zusammensetzung war weiter zu beraten.[27]

Fünf Jahre nach der vollständigen Auflösung der deutschen Streitkräfte wurde ein westdeutscher militärischer Beitrag nun Teil der Bündnisplanung. Eine deutsche Armee war damit weder beschlossen noch genehmigt. Die Frage hatte sich jedoch verschoben: Nicht mehr nur ob deutsches Personal irgendwann zur Verteidigung herangezogen werden könnte, sondern unter welchen Bedingungen und in welcher Organisation dies geschehen sollte.

Die Bundesrepublik war dabei nicht souverän. Sie gehörte der NATO nicht an. Frankreich stand einer deutschen Wiederbewaffnung besonders vorsichtig gegenüber und drängte auf Konstruktionen, die deutsche Streitkräfte eng einbinden und nationale militärische Eigenständigkeit begrenzen sollten. Adenauer verband einen deutschen Verteidigungsbeitrag wiederum mit einer veränderten Stellung der Bundesrepublik gegenüber den Besatzungsmächten.

Nur wenige Tage nach dem NATO-Beschluss formulierte die Zentrale für Heimatdienst am 4. Oktober den Auftrag für eine militärische Expertentagung.[28]

Es ging nicht nur um Divisionen. Die Fachleute sollten klären, welche militärischen und psychologischen Voraussetzungen die Alliierten

schaffen müssten, welche Belastungen der deutschen Bevölkerung zugemutet werden könnten, wie stark und wie organisiert ein deutsches Kontingent sein sollte, welche Führungs- und Unterstellungsverhältnisse nötig wären und auf welchem Weg die Aufstellung erfolgen könnte. Kaderbildung, eine mögliche Dienstpflicht, die Auswahl des Führungspersonals und der Status des künftigen Soldaten standen ebenfalls im Auftrag.[28]

Fast die ganze Fähigkeitskette des späteren Buches lag hier bereits auf dem Tisch.

Der Fragenkatalog trennte dabei unausgesprochen zwei Arten von Voraussetzungen. Über Gliederung, Ausbildung und Kader konnten militärische Fachleute beraten. Über Souveränitätsrechte, alliierte Sicherheitsgarantien und die politische Stellung eines deutschen Kontingents konnten sie nicht verfügen. Schon vor Beginn der Tagung war klar, dass die militärische Lösung von Entscheidungen außerhalb der militärischen Sphäre abhing.

1950 existierte noch nicht einmal die staatliche Organisation, der man einen Auftrag hätte erteilen können. Die Experten mussten eine Streitmacht gedanklich konstruieren, deren rechtlicher Träger, Bündnisstatus und Finanzierung noch nicht feststanden.

Eine neue Streitmacht würde junge Männer aus Ausbildung und Beruf holen, Unterkünfte beanspruchen, Geld kosten und politische Konflikte auslösen. Der Auftrag verlangte von den Experten nicht, diese Fragen abschließend zu lösen. Er zwang sie aber, sie in die militärische Planung einzubauen.

Der Auftrag fragte ausdrücklich nach den »psychologischen« Voraussetzungen und den Belastungen der Bevölkerung.[28] Die Planer gingen nicht davon aus, dass eine Streitmacht allein durch Organisationsbefehle entstehe. Die Bundesrepublik war eine Gesellschaft, die wenige Jahre zuvor Krieg, Zusammenbruch und vollständige Entmilitarisierung erlebt hatte. Wer wieder Soldaten gewinnen wollte, musste auch klären, unter welchen politischen Bedingungen dies überhaupt möglich erschien.

Vom 5. bis 9. Oktober trafen sich im Kloster Himmerod in der Eifel fünfzehn ehemalige Wehrmachtsoffiziere. Hans Speidel leitete die Beratungen. Zu den Teilnehmern gehörten unter anderem Adolf Heusinger, Johann Adolf Graf von Kielmansegg und Wolf Graf von Baudissin.[29] Die Tagung war nicht öffentlich. Deutsche Streitkräfte existierten nicht; die politische Form eines möglichen Verteidigungsbeitrags war noch offen.

Was in einzelnen Gesprächsrunden gesagt wurde, lässt sich ohne vollständige Protokollgrundlage nicht seriös szenisch rekonstruieren. Der historische Kern liegt im Ergebnisdokument.

Es trug den Titel »Denkschrift über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur

Verteidigung Westeuropas«.[29] Schon diese Formulierung begrenzte den Entwurf. Die Experten planten keine strategisch autonome deutsche Nationalarmee, sondern einen deutschen Beitrag innerhalb einer größeren westlichen Streitmacht.

Militärisch war der Entwurf dennoch groß.

Im Zentrum standen zwölf Heeresdivisionen.[29] Die Denkschrift selbst weist diese Zahl als zentrale Himmeroder Größenordnung aus. Sie war weder vorhandene Truppenstärke noch Regierungsbeschluss. Sie war eine Expertenempfehlung: eine Antwort auf die Frage, welche Landstreitkräfte die westdeutschen Militärfachleute unter ihren damaligen Annahmen für notwendig hielten.[30]

Himmerod 1950: Auftrag und Planung

<table>
<tr><td colspan="2">04.10.1950
Expertenauftrag</td></tr>
<tr><td colspan="2">↓</td></tr>
<tr><td colspan="2">05.–09.10.1950
Tagung in Himmerod</td></tr>
<tr><td colspan="2">↓</td></tr>
<tr><td colspan="2">Denkschrift
Übernationaler Verteidigungsrahmen</td></tr>
<tr><td colspan="2">Planungsgröße: zwölf Heeresdivisionen</td></tr>
<tr><td>Führung
Unterstellung</td><td>Kader
Ausbildung</td></tr>
<tr><td>Personal
Dienstpflicht</td><td>Ausrüstung
Produktion</td></tr>
<tr><td>Politik
Alliierte Voraussetzungen</td><td>Gesellschaft
Belastung und Tragfähigkeit</td></tr>
</table>

Einordnung · Himmerod 1950: Die Zwölf-Divisionen-Zahl war eine Expertenplanung innerhalb einer übernational gedachten Verteidigungsordnung, kein vorhandener Kräftebestand.

Zwölf Divisionen bedeuteten außerdem eine Größenordnung, die weit über zwölf Divisionsstäbe hinausging. Schon der Begriff setzte eine abgestufte Führungsorganisation voraus: Verbände mussten zusammengefasst, unterstützt und in einen übergeordneten Operationsplan eingeordnet werden. Die Denkschrift befasste sich deshalb mit Spitzengliederung und Führung ebenso wie mit der Zahl der Großverbände.[29]

Für die Planer war die Divisionszahl nur dann militärisch sinnvoll, wenn die Verbände als zusammenhängendes System entstehen konnten. Eine einzelne voll ausgebildete Division hätte die angenommene

Verteidigungsaufgabe ebenso wenig erfüllt wie zwölf nur nominell bestehende. Der Kräfteansatz war folglich zugleich ein Zeitproblem: Wie schnell ließen sich genügend Kader schaffen, wie rasch konnten weitere Soldaten ausgebildet werden, und in welcher Reihenfolge sollten Führungs- und Unterstützungselemente wachsen?

Ein Expertenkreis konnte zwölf Divisionen als erforderlich bezeichnen. Er musste dafür weder einen Bundeshaushalt verabschieden noch Kasernen freimachen, Personal gesetzlich verpflichten oder mit Frankreich über die politische Form dieser Verbände verhandeln. Himmerods Stärke lag in der militärischen Durchdringung des Problems; seine Grenze lag in der fehlenden Entscheidungsgewalt.

Eine Division besteht nicht allein aus ihren Kampftruppen. Sie braucht Stäbe, Nachrichtenmittel, Versorgung, Instandsetzung, Sanität, Transport und Ausbildung. Himmerod behandelte neben Aufbau und Gliederung ausdrücklich Ausstattung, Ausbildung, Strategie, Spitzengliederung und Aufstellungszeitplan.[29] Die zwölf Divisionen waren daher kein isolierter Zahlenvorschlag, sondern der sichtbare Kern eines viel breiteren Organisationsmodells.

Auch die Luftkomponente folgte dieser operativen Logik. Himmerod sah starke Jagdfliegerkräfte vor; maritime Aufgaben gehörten ebenfalls zum Entwurf.[31] Eine weit vorn geführte Landverteidigung ließ sich aus Sicht der Planer nicht von der Kontrolle des Luftraums trennen. Der gedachte Verteidigungsbeitrag war deshalb schon 1950 ein Verbundproblem: Die Landstreitkräfte standen im Zentrum, konnten aber nicht unabhängig von Luftschutz, Führung, Unterstützung und maritimen Aufgaben betrachtet werden.

Speidel und Heusinger gingen von einer Verteidigung aus, die möglichst weit im Osten beginnen sollte. Ein Angriff sollte nicht erst tief im westdeutschen Gebiet aufgefangen werden. Die Verteidigung sollte beweglich geführt und mit Gegenangriffen verbunden werden.[29]

Sie legte fest, welche Art von Streitkräften gebraucht wurde. Verbände mussten früh verfügbar sein, beweglich geführt werden und genügend Führungstiefe besitzen, um nicht erst nach langer Mobilisierung handlungsfähig zu werden. Ein nominell vorhandener Verband, der Personal, Fahrzeuge oder Stäbe erst zusammensuchen musste, passte schlecht zu dieser Vorstellung.

Wer zwölf Divisionen vorn einsetzen will, braucht rechtzeitig Kader, die aus kleinen Anfangsbeständen größere Verbände formen können. Er braucht eine Ausbildung, die nicht nur einzelne Soldaten, sondern Einheiten und Stäbe zusammenführt. Er braucht Material, das in ausreichender Menge vorhanden und beherrschbar ist. Er braucht eine Führung, die nationale Verbände in eine übernationale Kommandokette einordnet.

Schon der Auftrag vom 4. Oktober hatte ausdrücklich nach Kaderbildung, Dienstpflicht und Auswahl des Führungspersonals gefragt.[28] Die Fachleute wussten, dass eine deutsche Streitmacht nicht mit Hunderttausenden fertig ausgebildeten Soldaten beginnen konnte. Sie musste aus einem relativ kleinen Kern wachsen.

Darin lag ein weiteres Erbe des Krieges. Die Männer von Himmerod besaßen militärische Erfahrung, aber die Organisation, in der sie diese Erfahrung gesammelt hatten, existierte nicht mehr. Frühere Dienstgrade konnten Wissen anzeigen, schufen aber noch keine neue Kommandostruktur. Die Frage lautete, wie sich vorhandenes Erfahrungswissen in eine neue Organisation überführen ließ, ohne die alte Organisation wiederherzustellen.

Der Kaderbegriff war dabei zentral. Eine neu entstehende Armee kann nicht zuerst ihre volle Mannschaftsstärke einberufen und anschließend nach Führung suchen. Sie braucht zunächst Menschen, die Stäbe, Schulen und erste Verbände aufbauen und die nächsten Jahrgänge ausbilden können. Jeder Kader ist deshalb gleichzeitig Anfang eines Verbandes und Multiplikator für weiteres Personal.

Die Auswahl dieses Personals war 1950 besonders schwierig. Das militärisch erfahrene Reservoir bestand fast zwangsläufig aus Männern, deren Laufbahn in Reichswehr oder Wehrmacht begonnen oder geendet hatte. Himmerod konnte diese Tatsache nicht umgehen. Es machte die Auswahl des Führungspersonals deshalb ausdrücklich zum Planungsthema.[28]

Die Dienstpflicht bildete die andere Seite. Ein kleiner Kern von Berufssoldaten und Freiwilligen hätte die gedachte Größenordnung nicht schnell genug füllen können. Schon im Arbeitsauftrag wurde eine mögliche Dienstpflicht als eigener Punkt genannt.[28] Die spätere Wehrpflichtentscheidung von 1956 darf nicht in Himmerod zurückgelesen werden; sichtbar ist jedoch, dass die Personalfrage bereits 1950 über freiwillige Kadergewinnung hinausdachte.

Für die Ausbildung entstand daraus eine Reihenfolge, die jede schnelle Aufstellung begrenzte. Ausbilder mussten vor ihren Rekruten vorhanden sein. Stäbe mussten lernen, bevor sie größere Verbände führen konnten. Spezialisten mussten ausgebildet werden, bevor technische Truppenteile funktionierten. Selbst ein politisch sofort genehmigter Aufbau hätte daher Jahre organisatorischer Vorarbeit verlangt.

Eine schnell wachsende Truppe braucht besonders viele Ausbilder genau zu dem Zeitpunkt, an dem auch neue Stäbe und Verbände erfahrene Offiziere und Unteroffiziere verlangen. Jeder erfahrene Soldat kann nur an einem Ort gleichzeitig dienen. Himmerods Beschäftigung mit Kadern und Aufstellungswegen zielte genau auf dieses Problem: Wachstum verbraucht zunächst einen Teil der eigenen Führungskapazität.

Neben der militärischen Organisation enthielt die Denkschrift einen Abschnitt zum »Inneren Gefüge«. Die wissenschaftliche Edition belegt Überlegungen zu politischer und ethischer Bildung und verwendet bereits die Vorstellung eines Staatsbürgers und europäischen Soldaten.[32] Das spätere Konzept der Inneren Führung war damit nicht fertig formuliert. Seine institutionelle Ausarbeitung gehört in die folgenden Jahre. Aber die Experten trennten die Frage nach dem Soldatenbild schon 1950 nicht von der Frage nach Verbänden und Waffen.

Das war angesichts ihrer eigenen Biografien bemerkenswert und zugleich unvermeidlich. Die militärischen Fachleute stammten aus der Wehrmacht. Genau deshalb stellte sich die Frage, welche Teile ihrer Erfahrung professionelles Wissen und welche Teile an eine politische und institutionelle Ordnung gebunden waren, die nicht fortgesetzt werden sollte.

Himmerod löste diesen Widerspruch nicht. Die Denkschrift machte ihn zum Bestandteil der Planung.

Die Überlegungen zum inneren Gefüge standen auch deshalb nicht isoliert neben der Operationsplanung. Die neue Streitmacht sollte in einem Staat entstehen, der sich ausdrücklich nicht als Fortsetzung des Deutschen Reiches in seiner militärischen Ordnung verstand. Ein Soldat musste wissen, wem er verpflichtet war, auf welcher rechtlichen Grundlage er diente und wie militärischer Gehorsam in einer demokratischen Ordnung begrenzt wurde. Himmerod gab darauf noch keine spätere bundeswehrtypische Gesamtlösung. Es erkannte aber das Problem als Teil der Konstruktion.

Die in der Edition greifbare politische und ethische Bildung verweist in dieselbe Richtung.[32] Ein europäisch eingebundener deutscher Soldat sollte nicht allein durch neue Uniformen oder eine andere Kommandokette entstehen. Die Planer suchten nach einer politischen Selbstbeschreibung, die mit dem vorgesehenen übernationalen Rahmen vereinbar war. Das war 1950 eine programmatische Forderung, keine beobachtete Truppenpraxis.

Wenn in den folgenden Jahren Baudissin, Heusinger und andere die Innere Führung weiterentwickelten, entstand sie nicht aus dem Nichts. Ebenso falsch wäre es, das spätere Konzept vollständig in die Himmeroder Denkschrift hineinzulesen. Zwischen dem frühen Problemaufriss von 1950 und den späteren Gesetzen, Ausschussarbeiten und Ausbildungskonzepten lag ein eigener Entwicklungsprozess.

Die politische Ebene blieb ohnehin offen. Die Experten konnten beschreiben, welche Voraussetzungen sie für einen deutschen Beitrag für notwendig hielten. Sie konnten nicht entscheiden, welche Rechte die Bundesrepublik erhalten würde, welche Form Frankreich akzeptieren

würde, wie die Westmächte den deutschen Beitrag kontrollierten oder wie die innenpolitische Zustimmung zustande kam.

Himmerod war ein bedingter Entwurf.

Die militärischen Annahmen selbst waren ebenfalls zeitgebunden. Das Bundesarchiv hebt hervor, dass die Erfahrung der Teilnehmer vor allem aus dem Zweiten Weltkrieg stammte und ihre Kenntnisse über eine mögliche Kriegführung im Atomzeitalter begrenzt waren.[29]

Die Experten konnten große konventionelle Landoperationen, Stabsarbeit, Mobilität und Ausbildung aus eigener Erfahrung beurteilen. Ein künftiger Krieg zwischen den Blöcken konnte jedoch unter strategischen Bedingungen stattfinden, die 1944/45 so nicht bestanden hatten. Atomwaffen, neue Luftkriegsmöglichkeiten und spätere NATO-Strategien würden die Rahmenbedingungen verändern.

Himmerod war detailliert, aber nicht zeitlos.

Der Vorlauf vom August verhindert zugleich, Himmerod zum geheimen Gründungsmoment der Bundeswehr zu stilisieren. Die Wildermuth/Speidel-Denkschrift hatte wesentliche Probleme bereits vorweggenommen.[26] Himmerod systematisierte und verdichtete, was in verschiedenen Kreisen zuvor bedacht worden war.

Auch die spätere Ähnlichkeit einzelner Zielgrößen darf nicht rückwärts als Beweis gelesen werden, dass die Bundeswehr einfach nach Himmerod gebaut worden sei. Im EVG-Prozess erschienen erneut zwölf deutsche Gruppen beziehungsweise Divisionen; spätere NATO-Planungen hielten ebenfalls an zwölf Divisionen fest.[33] Die institutionellen Bedingungen, Zeitpläne, Personaldefinitionen, Luftstreitkräfte und Kostenannahmen änderten sich jedoch. Dieselbe Zahl konnte in verschiedenen Planungsständen etwas anderes bedeuten.

Im Oktober 1950 standen Adenauers Bereitschaft zur Prüfung eines deutschen Kontingents, der NATO-Beschluss zu einem möglichen deutschen Beitrag und der Himmeroder Expertenentwurf nebeneinander.

Es gab keine westdeutsche Armee.

Keine der zwölf Divisionen war aufgestellt. Es gab keine deutsche militärische Kommandostruktur, keine Rekrutierungsorganisation, keine Kasernenorganisation für eine neue Massenarmee und keine national verfügbaren Großbestände moderner Waffen. Himmerod markierte die Soll-Seite eines Problems, dessen Ist-Seite nahezu bei null lag.

Der nächste Schritt war daher nicht eine Division, sondern eine Behörde.

Am 26. Oktober 1950 ernannte Adenauer Theodor Blank zum Beauftragten für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen.[26] Unter dem Dach des Bundeskanzleramts entstand der organisatorische Kern einer Dienststelle, die den westdeutschen Verteidigungsbeitrag vorbereiten sollte.

Von nun an musste aus militärischen Vorstellungen Verwaltung werden: Personalakten, Verhandlungen, Finanzplanung, Rechtsgrundlagen und Bündnisabsprachen. Himmerod hatte beschrieben, was militärisch gedacht wurde. Das Amt Blank musste herausfinden, was davon politisch und organisatorisch überhaupt gebaut werden konnte.